Anmeldebogen für Rechtsantragstelle für Familiensachen

Name, Vorname:
Geb. Datum:
Wohnort und Straße:
Telefonnummer (für evtl.Rückfragen):
Staatsangehörigkeit:
☐ deutsch ☐

Was möchten Sie beantragen?

- elterliche Sorge /Aufenthaltsbestimmungsrecht
- Umgangsrecht
- Antrag nach dem Gewaltschutzgesetz (Bitte Formular „Hilfestellung zum Gewaltschutz“ ausfüllen)
- Familiengerichtliche Genehmigung
-

Möchten Sie Verfahrenskostenhilfe beantragen? ja nein

Gegen wen richtet sich der Antrag?

Name, Vorname:
Geb. Datum:
Wohnort und Straße:
Staatsangehörigkeit:
☒ deutsch ☐

Sind Kinder betroffen?

1.) Name, Vorname:
Geb. Datum:
Wohnort und Straße:
Staatsangehörigkeit:
☒ deutsch ☐

2.) Name, Vorname:
Geb. Datum:
Wohnort und Straße:
Staatsangehörigkeit:
☒ deutsch ☐

3.) Name, Vorname:
Geb. Datum:
Wohnort und Straße:
Staatsangehörigkeit:
☒ deutsch ☐

Angaben zu weiteren betroffenen Kindern bitte auf einem gesonderten Blatt aufführen

Tätigkeitsvermerk (wird vom Gericht ausgefüllt):	
Datum:	Namenszeichen

Info Gewaltschutz

Wenn Sie eine einstweilige Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz (umgangssprachlich auch bezeichnet als einstweilige Verfügung, Näherungsverbot, Annäherungsverbot, Gewaltschutzantrag) beantragen möchten, hier einige Hinweise:

- Wenn Sie einen Rechtsanwalt haben, der schon mit der Sache befasst ist, kann auch dieser den Antrag für Sie stellen. **Der Antrag wird nicht schneller bearbeitet, wenn Sie ihn persönlich im Amtsgericht stellen.**
- Den Antrag können Sie natürlich auch persönlich auf der Rechtsantragstelle des Familiengerichts beim Amtsgericht stellen. (Das Familiengericht ist auch dann zuständig, wenn Sie mit dem Antragsgegner/der Antragsgegnerin nicht verwandt sind).
- Bei der persönlichen Antragstellung auf der Rechtsantragstelle wird ein gültiges Ausweispapier (Personalausweis, Reisepass) benötigt.
- Um den Beschluss an den Antragsgegner/die Antragsgegnerin zustellen zu können, benötigt das Gericht außerdem den **vollständigen Namen und die Anschrift des Antragsgegners/der Antragsgegnerin.**
- Voraussetzung für eine einstweilige Anordnung, ist, dass es sich um eine **aktuelle** Gefährdungs- oder Bedrohungslage handelt; die letzten Vorfälle sollten also höchstens wenige Tage zurückliegen.
- Bei der Antragstellung müssen Sie das Geschehen so genau wie möglich schildern, unter Angabe von Datum, Uhrzeit und Ort der Vorfälle. Gerne können Sie eine Aufstellung vorbereiten.

Bei körperlichen Übergriffen legen Sie, soweit vorhanden, ärztliche Atteste über zugefügte Verletzungen vor. Darüber hinaus sollten Sie alles vorlegen, was geeignet ist, Ihre Angaben zu bestätigen, z. B. Kopien von polizeilichen Anzeigen, Kopien von Drohbriefen oder-E-mails und Chatverläufen etc.. **Diese müssen ausgedruckt vorgelegt werden.** Mündlich ausgesprochene Drohungen sollten möglichst mit dem genauen Wortlaut zitiert werden.

- Ihre Angaben werden der Gegenseite zur Kenntnis gebracht und müssen an Eides statt versichert werden.
- Beim Gewaltschutzverfahren handelt es sich um ein Gerichtsverfahren. Über Ihren Antrag entscheidet eine Richterin / ein Richter durch Beschluss. Falls die Voraussetzungen für den Erlass des Beschlusses nicht gegeben sind, kann der Antrag zurückgewiesen werden. Dies kann u. U. für Sie mit Kosten verbunden sein. Auch besteht die Möglichkeit, dass ein Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt wird, zu dem Sie dann erscheinen müssen
- **Das Amtsgericht erteilt keine Rechtsberatung!**
Diese ist wegen der gebotenen Neutralität den Angehörigen der rechtsberatenden Berufe, in der Regel also Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, vorbehalten.